



Der Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiterin: Frau Koba

Wiesbaden, 27.07.2011

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 23. August 2011, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift

2. **11-F-05-0002**

Bericht der "AG Jaguar" über integrationsspezifische Aspekte bei Straftaten durch Jugendliche
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 31.05.2011 -

ANLAGE

3. **11-F-07-0009**

Jugendschutz / Jugenddelinquenz

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 07.06.2011 -

ANLAGE

4. **11-F-05-0003**

Prävention von Jugendgewalt

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 27.05.2011 -

ANLAGE

5. 11-F-33-0013

Jugendschutz forcieren - erfolgreiche Präventionsarbeit ausbauen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 16.06.2011 -

ANLAGE

6. 11-F-33-0012

Rudolf-Dietz-Schule in Wiesbaden-Naurod - Umbenennung

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 15.06.2011 -

ANLAGE

7. 11-F-03-0040

Aufmarsch der JN in Wiesbaden am 28. Mai 2011

- Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2011 -

Am 28. Mai 2011 fand in der Nähe des Hauptbahnhofs eine „Mahnwache“ von 26 Personen, die größten Teil der JN angehören, zum Thema Jugendkriminalität statt. Die Verwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden hat nichts unternommen, um den Auftritt dieser rassistischen und antisemitischen Gruppierung zu unterbinden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob er dieses Vorgehen für vereinbar hält mit der am 25.9.2008 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten Resolution gegen Rechtsextremismus und Rassismus, in der u.a. beschlossen wurde „keinerlei Toleranz zu üben gegenüber jedweden Versuchen der NPD und anderer rechtsextremistischer und neonazistischer Gruppen ihre widerwärtige Propaganda zu verbreiten“ (aus dem Beschluss 0497 vom 25.9.2008).

8. 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

ANLAGE

9. Bericht der Dezernentin

10. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek
Vorsitzender